

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

**(1) Deutsch-chinesische Beziehungen:
Besuche, gute Noten für deutsche
Außenpolitik, Kulturaustausch,
keine billigen Kredite**

a) Besuchsdiplomatie

Am 27. April traf Altbundespräsident Walter Scheel zu einem elftägigen Besuch in China ein, und zwar auf Einladung des Chinesischen Instituts für Beziehungen zum Ausland. Dieses Institut, dessen Präsident Hao Dejing auch bereits das Institut für Asienkunde besucht hat, hat die Aufgabe, hochrangige Besucher, die andererseits nicht auf Regierungsebene empfangen werden können (z.B. Oppositionspolitiker, von ihren Ämtern zurückgetretene Politiker, hochrangige Wissenschaftler etc.), zu empfangen. Scheel war also zwar nicht Staatsgast, wurde aber trotzdem u.a. von Ministerpräsident Zhao Ziyang (XNA, 30.4.81) und von Deng Xiaoping (1.5.81) empfangen. In der Begleitung Scheels befanden sich der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, und Heinz Hufnagel vom Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft.

Scheel wurde als "alter Freund" empfangen. Er hatte bereits vom 10. bis 14. Oktober 1972 in seiner Eigenschaft als Außenminister die VR China besucht und damals das Kommuniqué zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Beijing und Bonn unterzeichnet (die damaligen Dokumente sind abgedruckt in C.a., Oktober 1972, S.48 ff.). Die eigentliche Vorarbeit für das Zustandekommen diplomatischer Beziehungen hatte freilich nicht Scheel, sondern der damalige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Gerhard Schröder, geleistet, der Beijing bereits im Juli 1972 besuchte und damals das Eis brach (Einzelheiten in C.a., Juli 1972, S.15 ff.).

Neben Scheel kamen im Berichtszeitraum noch der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, sowie der Oberbürgermeister von München, Erich Kiesl. Stoltenberg reihte sich mit seinem Besuch in eine Tradition ein, die bereits von anderen deutschen Bundesländern begründet worden ist, vor allem von Baden-Württemberg, Hessen (hier vor allem der inzwischen ermordete Wirtschaftsminister Karry), Bayern (Besuche von Wirtschaftsminister Jaumann) und Bremen. Demnächst wird eine hamburgische Delegation die Volksrepublik besuchen. Stoltenbergs China-Besuch galt der Vertiefung schon bestehender Wirtschaftsbeziehungen vor allem im Bereich des Schiffbaus zwischen schleswig-holsteinischen Firmen und China. Auch Stoltenberg war übrigens auf Einladung des Instituts für Beziehungen mit dem Ausland nach China gekommen (XNA, 8.4.81).

Der Münchner OB folgte dagegen einer Einladung der Staatlichen Verwaltung für Städtebau. U.a. erhielt er die Zusage, daß sich die VR China 1983 zum ersten Mal an einer Internationalen Gartenbau-Ausstellung in der Bundesrepublik beteiligen werde.

Anfang April kam eine Delegation der Hans-Seidel-Stiftung unter Leitung von Franz Heubel, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CSU und bayerischen Landtagspräsidenten, nach

China (XNA, 5.4.81). Sowohl Stoltenberg als auch Heubel wurden jeweils von Politbüromitgliedern empfangen: Stoltenberg von Li Xiannian und Heubel von Yu Qiuli.

Inzwischen wurde auch bekannt, daß Bundesaußenminister Genscher beabsichtigt, im Sommer der Volksrepublik China einen offiziellen Besuch abzustatten.

Zu einem Gegenbesuch in der Bundesrepublik kam Politbüromitglied Gu Mu, Vorsitzender der beiden Staatlichen Kommissionen für Import- und Exportkontrolle sowie für die Kontrolle auswärtiger Investitionen. Gu Mus Hauptreiseziel war freilich die Teilnahme an der China-Woche in Brüssel gewesen.

b) Die Bonner Politik erhielt im Berichtszeitraum fast nur gute Noten. Es seien hier nur Überschriften zitiert: "Bundeskanzler Schmidt lehnt einseitige Abrüstung des Westens ab" (XNA, 1.4.81), "Schmidt kritisiert die von der Sowjetunion verschuldete Verletzung von Prinzipien der internationalen Koexistenz" (XNA, 11.4.81), "Der Westen will eine nukleare Überlegenheit der Sowjetunion nicht dulden, sagt Schmidt" (XNA, 3.4.81), "Schmidt spricht sich für Stationierung amerikanischer Raketen in Westeuropa aus" (XNA, 10.4.81), "Die Sowjetunion wird kritisiert, weil sie die öffentliche Meinung Westdeutschlands gegen die Regierung beeinflussen will" (XNA, 20.3.81), "Genscher verlangt von der UdSSR, die Produktion nuklearer Waffen einzustellen" (XNA, 4.3.81), "SPD weist Breschnew-Vorschlag für ein Moratorium im Bereich der eurostrategischen Mittelstreckenraketen zurück" (XNA, 29.3.81), "Regierungssprecher Becker tadelt Sowjetunion wegen versuchter Beeinflussung der westdeutschen Öffentlichkeit" (XNA, 20.3.81); zum Thema Polen: "Westdeutschland wird die Hilfe für Polen fortsetzen" (XNA, 3.4.81), "Westdeutschland gegen jede fremde Einmischung in Polen" (XNA, 29.3.81), "Westdeutsche Regierung erhöht die Exportgarantien für Polen" (XNA, 20.3.81) und - ein weiteres wichtiges Thema: "Westdeutschland stärkt seine Beziehungen mit Ländern der Dritten Welt" (XNA, 3.3.81).

Aus diesen drei Berichtsthemen wird bereits deutlich, welche Komplexe der deutschen Politik für China besonders interessant sind, nämlich ein - von der chinesischen Propaganda unterstellter - Bonner Antihegemonismus, die Unterstützung für Polen (ebenfalls ein Thema aus dem Bereich des "Antihegemonismus") und die Unterstützung für Länder der Dritten Welt. Da im letztgenannten Bericht Afghanistan im Mittelpunkt steht, lautete auch hier letztlich der gemeinsame Nenner: "Antihegemonismus". Zu behaupten, daß die chinesische Berichterstattung über die Bundesrepublik Sinn für Themenvielfalt hätte, wäre gewiß übertrieben! Nur noch zwei weitere Themen genießen eine gewisse Aufmerksamkeit, nämlich die Zunahme von "Neonazi-Gruppen" und - uraltes Thema - Niedrigkeit der Wirtschaft, die sich in Stagnation der Produktion, massiver Arbeitslosigkeit, kontinuierlichen Ölpreiserhöhungen und inflationären Tendenzen zeigt. Zum Neonazi-Thema zitiert Xinhua (XNA, 7.4.81) eine Statistik, der zufolge es 1980 immerhin 19.800 rechtsgerichtete Mitläufer gegeben habe, die in 75 Gruppen organisiert waren, während noch 1979 lediglich 17.300 Mitläufer und 69 Gruppen registriert wurden.

c) Im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit hat es eine Reihe weiterer Fortschritte gegeben. U.a. wurde am 21. März

ein Abkommen über medizinische Zusammenarbeit zwischen Beijing und dem Wuhan-Medizincollege einerseits und der Universität Essen andererseits unterzeichnet (XNA, 22.3.81). Die Stiftung Volkswagenwerk stiftete am 27. März 1 Mio. DM an das Wuhan-Medizincollege (XNA, 27.3.81).

Seit Anfang April werden beim Deutschen Patentamt in München zwei chinesische Stipendiaten ausgebildet.

Als Ergebnis der zweiwöchigen Rundreise einer Delegation des Deutschen Bundes Jugendrings im März 1981 wurde beschlossen, verstärkte Kontakte der deutschen Jugendverbände mit dem Allchinesischen Jugendbund aufzunehmen.

Im März erschien beim Oberbaum-Verlag das Hauptwerk des (noch lebenden) chinesischen Schriftstellers Ba Jin, "Die Familie", in dem Ba Jin mit dem Konfuzianismus abrechnet, dessen negative Auswirkungen ihm während seiner Kindheit in Chengdu (Sichuan) im Kreise seiner eigenen Familie deutlich geworden waren. Das Erscheinen dieses Romans war der Xinhua (XNA, 9.4.81) eine Meldung wert.

Im Wirtschaftsbereich stand die Stornierung von Großaufträgen im Zusammenhang mit dem Baoshan-Projekt im Vordergrund der Diskussionen. Dieses Thema spielte nicht nur beim Besuch Stoltenbergs und Scheels eine Rolle, sondern stand auch bei der China Business Week im Vordergrund, die vom 30. März bis 10. April 1981 in Brüssel stattfand. Am 4. April hatte der Leiter der chinesischen Delegation, Gu Mu, in Bonn Gespräche mit Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff über Kreditfinanzierungsfragen. Lambsdorff wies darauf hin, daß die Bundesregierung sich auf Hermes-Bürgschaften beschränken müsse und daß die Bundesregierung - ganz im Gegensatz etwa zu Japan - für eine Zinsverbilligung nichts tun könne oder wolle. Kreditgewährung sei im übrigen Sache der Kreditnehmer und der Banken.

-we

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(2) Moskau und die Flüchtlinge in Afrika

Gegenwärtig gibt es auf der Welt über zehn Millionen Flüchtlinge, die Hälfte davon in Afrika.

Angesichts dieser Tatsache fand am 9. und 10. April 1981 in Genf eine internationale Konferenz für afrikanische Flüchtlinge statt, an der über neunzig Länder teilnahmen und sich zu Hilfeleistungen verpflichteten. Nicht anwesend war die Sowjetunion, deren jährliche Militärausgaben sich andererseits auf rund 100 Mrd. US\$ belaufen. "Wo bleibt der natürliche Verbündete?" heißt es dazu in der Beijing Rundschau (1981, Nr. 17, S. 10 f.). "Freunde erkennt man in der Not." An Hanoi zahle Moskau jeden Tag rund 3 Mio. US\$, an Kuba sogar 9 Mio. - also an Staaten, die der "Globalstrategie Moskaus nützlich" sind.

Die meisten Flüchtlinge konzentrieren sich heute am Horn von Afrika, von denen nicht weniger als 1,5 Millionen allein aus der zwischen Somalia und Äthiopien umstrittenen Ogaden-Region stammen.

Die Tatsachen bewiesen klar: Außer den von der Kolonialherrschaft hinterlassenen Problemen wie Rassendiskriminierung, Stammes- und Religionswidersprüchen und Grenzkonflikten liege der Hauptgrund dafür, daß es so viele afrikanische Flüchtlinge gibt, in der sowjetischen Intervention. Seit den

siebziger Jahren hätten sich die Sowjetunion und Kuba in die afrikanischen Angelegenheiten eingemischt und Bürgerkriege in den afrikanischen Ländern sowie Grenzkonflikte zwischen Staaten auf dem afrikanischen Kontinent verschärft. Ihre Einmischung habe Hunderttausende von Afrikanern seien so gezwungen worden, ins Ausland zu emigrieren. Der "natürliche Verbündete" sei in Wirklichkeit die Ursache für das afrikanische Flüchtlingselend.

Der Versuch, Spannungen auf Klassenauseinandersetzungen innen- oder außenpolitischer Art zu reduzieren, gelingt den Chinesen allerdings nicht in jedem Fall. Als es beispielsweise im Februar 1981 zu Kämpfen zwischen zwei ehemals verbündeten Guerillaarmeen in Zimbabwe/Rhodesien kam, nämlich zwischen den Guerillasoldaten der Afrikanischen Nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA) und der Revolutionären Volksarmee von Zimbabwe (ZIPRA), die beide unter der Führung von zwei großen schwarzen nationalistischen Parteien, der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU, Führer: Robert Mugabe) und der Patriotischen Front (ZAPU, Führer: Joshua Nkomo) stehen, zu Schießereien kam, bei denen 300 Soldaten und Zivilisten getötet wurden, mußte Beijing (BRu 1981, Nr. 10, S. 13 f.) zugeben, daß es sich hier durchaus um Stammeskonflikte traditionellen Zuschnitts gehandelt habe, und zwar zwischen dem Stamm der Shona (Mugabe, ZANU) und dem der Ndebele (Nkomo, ZAPU). Das hierbei ausgelöste Flüchtlingselend ließ sich auch mit bestem Willen nicht auf die Einmischung des "Hegemonismus" zurückführen.

-we-

(3) Luftpiraterie und Militärbeziehungen: zwei Symptome für das sowjetisch-chinesische Tauziehen um Pakistan

Pakistan ist aus mehreren Gründen der sowjetischen Führung ein Dorn im Auge: Es weigert sich, das von Moskau in Kabul eingesetzte Regime Karmals anzuerkennen, es hat ferner inzwischen fast zwei Millionen afghanischen Flüchtlingen Aufenthalt gewährt, und es duldet militärische Übergriffe afghanischer Asylanten nach Afghanistan.

Aus diesem Grunde erscheint die propagandistische Aussage Beijings, die Sowjetunion sei Drahtzieher hinter der Entführung eines pakistanischen Passagierflugzeugs Anfang März gewesen, nicht ganz unwahrscheinlich. Die drei pakistanischen Luftpiraten, die das Flugzeug mit hundert Insassen dreizehn Tage lang in ihrer Gewalt hatten, hielten das Flugzeug sieben Tage lang in Kabul und dann noch sechs Tage in Damaskus fest. Die Beijinger Volkszeitung (RMRB, 19.3.81) beschuldigte in diesem Zusammenhang die Sowjetunion, hinter der Entführung des pakistanischen Flugzeugs nach Kabul gestanden zu haben. Moskau habe damit Pakistan zur Anerkennung der Regierung Karmal zwingen wollen. Die Flugzeugführer seien in Kabul sieben Tage lang wie hohe Gäste behandelt worden, hätten freien Zugang zu den Massenmedien der Regierung gehabt und hätten dort auch ihre Pistolen gegen Maschinenpistolen austauschen können. Zusätzlich hätten sie Handgranaten und Bomben erhalten. Bei den Verhandlungen in Kabul habe man der Regierung in Pakistan eindeutig zu verstehen gegeben, daß, wenn sie die Regierung Karmal anerkennt, die entführte Maschine und die Passagiere im Nu freigegeben würden.

Ähnlich wie Beijing argumentierte auch das amerikanische State Department in einer Erklärung am 16. März (Bezugnahme darauf in XNA, 17. und 19.3.81).

Die amerikanisch-chinesische Gemeinsamkeit in der Unterstützung der pakistanischen Regierung zeigte sich nicht nur bei

diesem Protest, sondern auch in militärischen Hilfeleistungen:

- Die Regierung Reagan beabsichtigt, im Finanzjahr 1982 immerhin 100 Mio.\$ an sicherheitsrelevanter Hilfe für Pakistan zu vergeben. Dies sei Teil eines "bedeutenderen langfristigen Programms", das im Augenblick mit Pakistan erörtert werde, erklärte Unterstaatssekretär Jane Coon am 28. April 1981 vor dem Unterausschuß des Kongresses für Angelegenheiten Asiens und der pazifischen Region.

Nach amerikanischer Ansicht befindet sich Pakistan in einer strategisch höchst bedeutsamen Position in Südwestasien. Pakistan muß instand gesetzt werden, sowjetischen Drohungen von Afghanistan aus zu widerstehen, seien diese nun direkter oder indirekter Natur. Die US-Regierung will ihre Unterstützung freilich nur für die pakistanische "Westfront" geben, also nicht für Maßnahmen an der Ostfront gegen Indien! Man geht amerikanischerseits davon aus, daß eine Unterstützung der pakistanischen Westfront auch im langfristigen Interesse Indiens liegt, das die USA und China zwar vor Waffenlieferungen an Rawalpindi und vor einer "Militarisierung Pakistans" warnt, das aber mit solchen Warnungen vor allem auf eine atomare Rüstung Pakistans anspielen dürfte.

- Beijing teilt die amerikanische Pakistan-Perzeption und hat aus diesem Grunde nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die militärischen Verbindungen bereits seit dem indisch-pakistanischen Dezember-Krieg von 1971 verstärkt. Es kommt zwischen beiden Staaten häufiger zum Austausch von Militärdelegationen und zur Lieferung chinesischer Panzer, Artilleriekanonen, SAM-2-Raketen und Jagdbombern. Vor allem hilft die VRCh Pakistan beim Aufbau eines "Pakistan Aeronautical Complex" für den Bau und für die Überholung von MiG-Jagdflugzeugen in Kamra (zwischen Rawalpindi und Peshawar).

Dort werden nicht nur französische Mirage-Flugzeuge nachgebaut und überholt, sondern neuerdings auch Jagdflugzeuge vom Typ F-6, wie sie von den Shenyanger Flugzeugwerken nach dem Modell der sowjetischen MiG 19 SF entwickelt wurden. Die größte Einheit in Kamra ist die F-6- "Rebuilt Factory", die im November 1980 eingeweiht wurde, und in der 1.430 Pakistanis beschäftigt sind. In dem Werk sollen jährlich dreißig Flugzeuge überholt werden. China habe die Haupthalle und ihre Ausrüstung den Pakistanis geschenkt und ihnen außerdem 89 Mio.US\$ an Kapitalinvestitionen zur Verfügung gestellt. Ungefähr 20% des Personals in der F-6-Fabrik soll mit der Herstellung von Fluggerät betraut sein. Die Chinesen werden ein technisches Team in Kamra ungefähr ein Jahr lang unterhalten, um dort die Arbeit zu überwachen. Die ersten F-6-Maschinen, die in Kamra produziert werden, sollen bereits im Oktober 1981 ausgeliefert werden (Augenzeugenbericht des britischen Piloten John A. Fricker in Aviation Week and Space Technology, 30.3.81, S. 58 f.).

Nach einem Bericht des indischen Sunday Standard vom 9. November 1980 sollen die Chinesen ferner in der Zwischenzeit drei Staffeln F-6-Flugzeuge mit zusammen 65 Maschinen an die Pakistanis geliefert und ihnen außerdem SAM-2-Raketen (Surface Air Missiles) zur Verfügung gestellt haben.

China sieht offensichtlich keinen Anlaß, solche Behauptungen zu bestreiten. Xinhua meldet statt dessen, daß die Sowjetunion MiG-23-Jagdflugzeuge an Indien verkaufe (XNA, 13.1.81). Offensichtlich wird die chinesische Politik hier als Gegensteuerung angesehen.

Dagegen sah sich China veranlaßt, heftig gegen die Behauptung des indischen Verteidigungsministers Patil zu protestieren, China helfe Pakistan beim Bau von Luftwaffenstütz-

punkten (XNA, 26.2.81).

China protestierte auch gegen das "Gerücht", es baue an einer neuen Route, die die Karakorum-Straße mit dem Straßensystem im pakistanisch kontrollierten Gebiet von Jammu und Kaschmir verbindet (XNA, 29.3.81).

Inzwischen wurde bekannt, daß am 22. März 1981 eine Delegation der pakistanischen Marine in China eintraf. -we-

NORDAMERIKA

(4) Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen lassen sich nach Reagans Amtsantritt gut an

Das anfängliche Mißtrauen Beijings gegenüber Reagan, der vor allem die Aufnahme einer Zwei-China-Politik während des Wahlkampfes angekündigt hatte, scheint inzwischen gewichen zu sein. Als bahnbrechend erwies sich der ehemalige amerikanische Präsident Gerald Ford, der im Auftrag Reagans Mitte März sechs Tage lang nach China gekommen war und dort Gespräche mit Mitgliedern der chinesischen Regierung geführt hatte. Beide Seiten beurteilten nach diesem Besuch die weiteren Aussichten des amerikanisch-chinesischen Verhältnisses optimistisch. U.a. hatte Ford an Deng Xiaoping ein Schreiben Präsident Reagans übergeben, obwohl seine Visite als "Privatbesuch" bezeichnet worden war. In der Note soll davon die Rede sein, daß die von Nixon und Carter angebahnten Beziehungen zu China aufrechterhalten werden sollen. Angesichts der strammen Haltung der neuen Administration gegenüber der Sowjetunion ist das positive Verhältnis zu China eigentlich kaum überraschend. In einem Interview mit Xinhua hob Ford denn auch die gemeinsamen amerikanisch-chinesischen Besorgnisse angesichts der "Drohung einer sowjetischen Aggression" hervor (XNA in SWB, 28.3.81). Auch in China ist man davon überzeugt, daß Washington entschlossen sowjetischen Drohungen entgegentreten wird (XNA, 25.3.81). Befriedigt zeigt sich Beijing auch darüber, daß Reagan den Vorschlag Breschnews für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen ablehnte (XNA, 17.3.81). U.a. wurde Zhao Ziyang zu einem Besuch nach Washington und Reagan zu einem Besuch nach Beijing eingeladen.

Den Mordanschlag auf Präsident Reagan kommentierte die chinesische Presse mit Betroffenheit, wenngleich man davon ausging, daß Anschläge dieser Art nicht besonders überraschend seien. Immerhin sei Reagan bereits das neunte Opfer in der amerikanischen Präsidentengeschichte. Lincoln, Garfield, McKinley und John Kennedy wurden ermordet, Roosevelt und Truman entkamen nur knapp einem Anschlag. Jährlich würden über 10.000 Menschen in den USA ermordet (XNA, 3.4.81). Ministerpräsident Zhao Ziyang sandte ein Teilnahmetelegramm an Reagan.

Problematisch im amerikanisch-chinesischen Verhältnis bleibt die Taiwan-Frage. Nach wie vor entzweien Waffenwünsche Taiwans die Regierenden in Washington. Tai bei erbittet von der amerikanischen Regierung Kampfflugzeuge vom Typ F-16. Wie soll man sich hier verhalten, nachdem es infolge der Lieferung von U-Booten an Taiwan bereits zu schweren diplomatischen Konflikten zwischen Beijing und Den Haag gekommen ist?

Kopfzerbrechen bereitet auch das amerikanische "Gesetz über die Beziehungen zu Taiwan", das noch unter der Regierung Carter ausgearbeitet und am 10. April 1979 entgegen Protesten

des chinesischen Außenministeriums in Kraft gesetzt worden war. In einer chinesischen Note vom 28. April 1979 hieß es, das Gesetz laufe den Prinzipien des Kommuniqués über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und den USA zuwider. In Art. 2/B/4 dieses Gesetzes heißt es, die USA seien der Ansicht, daß "jedes Bemühen, die Zukunft Taiwans mit unfriedlichen Mitteln, einschließlich des Boykotts oder des Embargos, entscheiden zu wollen, eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit im westpazifischen Raum darstellt". In Art. 2 heißt es außerdem, daß die USA sich vorbehalten müßten, jeder Gewaltanwendung oder anderen Zwangsmaßnahmen, die die Sicherheit oder das gesellschaftliche und wirtschaftliche System der taiwanesischen Bevölkerung gefährden, entgegenzutreten. Nach Art. 3 kann der amerikanische Präsident bei einer Gefährdung der Sicherheit oder des sozialen und wirtschaftlichen Systems Taiwans angemessene Maßnahmen treffen. Deshalb sei es weiterhin Politik der USA, Taiwan mit Defensivwaffen zu versorgen. Schließlich sei es Ziel Washingtons, die Menschenrechte der taiwanesischen Bevölkerung zu verteidigen und zu fördern.

Beijing bezeichnet diese Bestimmungen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas, zu dem ja schließlich auch Taiwan gehöre! Die Zukunft Taiwans könne nur vom chinesischen Volk, nicht jedoch von den USA entschieden werden. Wie komme Washington dazu, den "Schutz" der Menschenrechte in Taiwan als "amerikanisches Ziel" zu bezeichnen? Ferner gehörten Waffenlieferungen nicht zu den angeblich inoffiziellen Beziehungen zwischen dem amerikanischen Volk und der taiwanesischen Bevölkerung: Immerhin kontrolliere ja die amerikanische Regierung den Waffenexport. Auch hier liege also ein Verstoß gegen die Kommuniqué-Bestimmungen zwischen Washington und Beijing vor.

In Art. 4 des genannten Gesetzes wird außerdem Taiwan weiterhin als Staat behandelt, und zwar nicht nur in der Definition, sondern auch in der Praxis: So zum Beispiel gelten die über fünfzig Verträge mit Taiwan weiter - mit Ausnahme allerdings des Verteidigungsvertrags von 1954, der bereits außer Kraft getreten ist.

In Art. 12 des Gesetzes wird festgestellt, daß die USA durch das "American Institute of Taiwan", eine "gemeinnützige Organisation", neue Abkommen mit Taiwan schließen können, die normalerweise mit der amerikanischen Regierung selbst geschlossen würden. Außerdem werden den Vertretungsorganisationen Taiwans in den USA ebenso wie den Repräsentanten der USA in Taiwan die im diplomatischen Verkehr üblichen Immunitätsrechte eingeräumt. Praktisch stipuliert also der "Taiwan Relations Act" sämtliche Möglichkeiten, wie sie zwischen Staaten sonst üblich sind, mit Ausnahme der Einrichtung einer formalen Botschaft. Taiwan behält neun Büros des Coordination Council for North American Affairs (CCNAA), die Visaanträge behandeln sowie kulturelle und Handelsaktivitäten wahrnehmen, während die USA ihr American Institute in Taiwan betreiben, das mit früheren Diplomaten besetzt ist, also praktisch Botschaftsrang hat.

Offensichtlich ist die Reagan-Administration fest entschlossen, die im Taiwan-Gesetz niedergelegten Möglichkeiten wahrzunehmen. Die Taiwan-Frage wird in Zukunft noch manches Kopfzerbrechen bereiten, wengleich Beijing offensichtlich entschlossen ist, wegen der Taiwan-Frage nicht einen ähnlichen Bruch mit Washington zu riskieren wie mit den Niederlanden. In Washington jedenfalls geht man davon aus, daß Beijing, wie Senator Stevens (nach einem Beijing-Besuch) und US-Vizepräsident George Bush betonen, "Verständnis für die amerikanische China-Politik hat". China wird vermutlich nach wie vor die amerikanische Karte spielen.

Freilich hat es in der Zwischenzeit schon wieder ein Argernis gegeben, nämlich die Ankündigung der Reagan-Administration, das Getreideembargo gegen die Sowjetunion aufzuheben. Schon Wochen vor dem Beschluß hatte China die US-Regierung immer wieder zu warnen versucht (vgl. z.B. XNA, 24.1. und 20.2.81).

Andererseits konnte man mit Befriedigung die Aussage u.a. des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger zur Kenntnis nehmen, daß die USA an China in großem Stile Waffen auslieferten, falls Moskau es wage, die Polen-Frage militärisch zu lösen. Zufrieden stellt die chinesische Presse auch fest, daß die Amerikaner nicht nur ihre militärische Auslandshilfe erhöhen werden, und zwar um 900 Mio.\$ für 1982 (XNA, 12.3.81), sondern daß im Rahmen des neuen militärischen Fünf-Jahresplans zur Aufrüstung bedeutende Steigerungen des Aufrüstungsetats geplant sind: In den kommenden fünf Jahren würden die Militärausgaben verdoppelt und insgesamt 1.300 Mrd. US\$ erreichen. Vor allem sei amerikanische Seeüberlegenheit angestrebt (BRu 1981, Nr. 13, S. 15 f.).

Schon sieht die TASS (27.3.81) einen amerikanisch-chinesischen Rüstungskomplex entstehen.

Diese Entwicklungen können China nur recht sein, da es noch vor einigen Monaten gefürchtet hatte, die USA könnten sich trotz der "sowjetischen Herausforderung" in einen "Neo-Isolationismus" zurückziehen (XNA, 30.12.80).

Auch auf volksdiplomatischem Gebiet reift der chinesische Weizen: In New York fand im Dezember 1980 eine große China-Ausstellung statt (XNA, 5.12.80). Unter lebhafter Anteilnahme der amerikanischen Kommunikationsmittel wurden Gegenstände des modernen Handwerks (Seide, Keramik, Cloisonné, Ratant-Möbel) ausgestellt sowie Kunstfertigkeiten dargeboten (Papierschnitten, Kalligraphie, Siegelgravierung usw.). Bereits bei vorhergehenden Ausstellungen in San Francisco und Chicago hatten 400.000 Besucher die Ausstellung gesehen (XNA, 6.12.80).

In Xi'an fand ein fünftägiges Symposium über Systemanalyse statt, an dem führende amerikanische Wissenschaftler teilnahmen (XNA, 18. und 23.4.81). Inzwischen soll es sogar zur Einrichtung einer Filiale der Voice of America in Beijing gekommen sein - eine Meldung, die allerdings von China bestritten wird (XNA, 30.4. in SWB, 1.5.81). Anfang April besuchte eine Delegation der Chinesischen Gesellschaft für Weltraumwissenschaften die USA (XNA, 7.4.81). Groß herausgestellt wurden "zwei Pioniere der amerikanisch-chinesischen Freundschaft", nämlich Agnes Smedley und Anna-Louisa Strong, beides amerikanische Schriftstellerinnen und Journalistinnen, die noch vor 1949 mit Sympathie die sinokommunistische Revolution erlebt und kommentiert hatten. Gefeierte wurden der 30. Todestag von Agnes Smedley und der 10. Todestag von Anna-Louisa Strong (Näheres XNA, 23.2.81). Am 6. Mai wurde in Beijing das erste Festival des amerikanischen Films eröffnet.

Der Sympathie für China hat es sicher auch nicht geschadet, daß die chinesischen Presseorgane die Freilassung der US-Geiseln im Iran begrüßten (XNA, 22.1.81).

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist es nicht nur zu einer Steigerung des beiderseitigen Außenhandels gekommen, sondern auch zum Beginn des beiderseitigen Flugverkehrs. Im Januar landete die erste Boeing 747 der CAAC in New York (XNA, 7. und 8.1.81), nachdem die PanAm ihr erstes Flugzeug bereits einen Monat früher nach Beijing geschickt hatte (XNA, 9.12.80).

In breiter Aufmachung berichteten das chinesische Fernsehen und die chinesische Presse (RMRB, 14. und 16.4.81) über die Landung des amerikanischen Space-Shuttle. Noch die erste amerikanische Mondlandung war nur durch die "Informellen Nachrichten" (Cankao xiaoxi) bekanntgegeben worden, nicht aber durch die RMRB, weil eine solche Meldung als offizieller Applaus der VR China hätte gedeutet werden können.

In düsteren Farben andererseits malt die chinesische Presse den Zustand der amerikanischen Wirtschaft. Das Jahr 1980 sei durch Rezession und Inflation gekennzeichnet gewesen - ein Trend, der sich 1981 fortsetzen werde. Der Wechsel der Regierung werde kaum zu einer Lösung der schwierigen wirtschaftlichen Probleme führen (Näheres in BRu 1981, Nr.3, S.11, und XNA, 24.12.80).

Mit Interesse verfolgen die Chinesen die Diskussion zwischen neokonservativen und neoliberalen Wirtschaftspolitikern in den USA, die angesichts des Machtantritts der Regierung Reagan wieder aktuell geworden ist. Beijing hält beide Schulen für die wichtigsten Repräsentanten der gegenwärtigen bürgerlichen Wirtschaftstheorie.

Nach der großen Wirtschaftskrise in den dreißiger Jahren gewann die Wirtschaftstheorie von Keynes Einfluß: Im Gegensatz zur klassischen Wirtschaftstheorie, die für freie Konkurrenz und für freie Märkte eintritt, befürwortete Keynes Eingriffe durch den Staat in den Wirtschaftskreislauf, u.a. durch Globalsteuerungsmaßnahmen, staatliche Finanzierungen usw. Sobald eine wirtschaftliche Rezession eintritt, sollen die Staatsausgaben erweitert, Steuern und Bankzinsen gesenkt und dadurch die Nachfrage belebt werden. Beim Auftreten inflationärer Symptome sollen die Staatsausgaben gesenkt, die Steuern und Zinssätze aber erhöht werden. Im Gefolge der Keynes'schen Theorien kam es unter der Labour-Regierung und unter der Führung einiger anderer sozialistischer Parteien in westeuropäischen Ländern nach dem Kriege zur Nationalisierung von Betrieben. Allerdings hätten trotz solcher Eingriffe "Stagflationen" nicht vermieden werden können.

Gegen solche Mißbildungen trete nun der "Neoliberalismus" an, der besonders von Nobelpreisträger Milton Friedman von der Chicago University begründet wurde. Friedman steht für reine Marktwirtschaft, für Laissez-faire und freie Konkurrenz. Zu befürworten sei das "freie Unternehmertum", zu bekämpfen dagegen die staatliche "Caritas" mit ihren Wohlfahrtsprogrammen.

Die Friedman-Theorie werde zur Zeit vor allem von der britischen Premierministerin Thatcher, neuerdings auch von der Reagan-Administration, verfolgt - allerdings ohne Erfolg. Immer noch gebe es in Großbritannien hohe Inflations- und Arbeitslosenraten. Die Schlußfolgerung des Kommentators Xiao Xi: "Obwohl alles auf das Scheitern des Keynesianismus hindeutet, werden die antikeynesianischen Konservativen wohl auch nicht in der Lage sein, dem Kapitalismus dauernde Prosperität zu verschaffen" (BRu 1980, Nr.52, S.10 f.). Die USA sind m.a.W. ein "untergehender Freund" des chinesischen Volkes.

-we-

LATEINAMERIKA

(5) Chinas Politik in Lateinamerika: Die Wendung um 180 Grad

Vergleicht man die chinesische Lateinamerika-Politik vom

Anfang der siebziger mit jener der späten siebziger und frühen achtziger Jahre, so hat man den Eindruck, als ob die gesamte Richtung Beijings dort vom Fuß auf den Kopf - oder umgekehrt - gestellt worden wäre. Noch bis in die Mitte der siebziger Jahre hinein galt China für zahlreiche iberamerikanische Intellektuelle als Mekka, für die Regierungen dagegen als Bösewicht; kein Wunder, daß Xinhua-Büros in Ecuador geschlossen und Xinhua-Korrespondenten in Venezuela verhaftet wurden. Dasselbe Schicksal erlitten die der Spionage und Subversion verdächtigen Korrespondenten in Brasilien (1964) und in Mexiko (1966).

Mit dem Abflauen der Kulturrevolution, vor allem aber mit der Zunahme antihegemonistischer Elemente in der chinesischen Außenpolitik begann sich dann eine ganz entgegengesetzte Tendenz zu entwickeln. Heute kann man die generelle Feststellung treffen: Je rechtsgerichteter eine Regierung, desto besser ist ihr Verhältnis zu Beijing; je linker, desto schlechter. Dies wird besonders deutlich am Beispiel Chiles und Kubas, zeigt sich neuerdings aber auch im Zusammenhang mit anderen Ländern. Gegenüber Nicaragua beispielsweise ist die Haltung Beijings in der Zwischenzeit bereits äußerst kritisch geworden, gegenüber El Salvador verhält man sich abwartend, gegenüber einem verhältnismäßig konservativ ausgerichtetem Land wie Venezuela dagegen voller Sympathie. Freilich sind solche Einstellungen Chinas für die betreffenden Länder nicht gerade von Bedeutung. China hat in Lateinamerika nahezu keinerlei Einfluß - zumindest aber weitaus weniger als in Afrika oder gar in Asien.

- Was zunächst Nicaragua anbelangt, so bezeugte China diesem zentralamerikanischen Land gegenüber zunächst - d.h. vor allem in den Jahren des Kampfes gegen die Somoza-Herrschaft i.J. 1978 - rege Sympathie. Als mitschuldig an dem Unglück Nicaraguas wurde nicht nur die "Somoza-Clique", sondern auch das hinter ihr stehende Washington bezeichnet: Bereits 1912 habe die US-Marine Nicaragua besetzt. 1932 gründete der US-Imperialismus eine "Nationalgarde" und stellte sie unter das Kommando Anastasio Somozas. Nach dem Abzug der US-Truppen kam eben dieser Somoza i.J. 1936 mit Unterstützung Washingtons durch einen Staatsstreich an die Macht. Mehr als vierzig Jahre lang habe daraufhin der Somoza-Clan Staat, Wirtschaft und Armee Nicaraguas beherrscht, mit der Folge, daß die Arbeitslosigkeit bei 24,5% liege und daß 60% der Bauern nur noch dahinvegetierten (PRu 1978, Nr.81, S.25 f.).

Auch noch Monate nach dem Siege der nicaraguanischen Revolution applaudierte China allen Vorgängen laut, um dann allerdings immer leiser zu werden und schließlich den Applaus einzustellen: Man hatte inzwischen bemerkt, daß Nicaragua zu einem zweiten Kuba zu werden begann, dessen Wirtschaft, Politik, Militärwesen und Kommunikationsmittel sich fast nur noch nach Havanna hin orientierten. Besuche nicaraguanischer Delegationen in Moskau, nicht zuletzt aber auch eine Visite des Verteidigungsministers in Vietnam im März 1981 (Näheres VNA in SWB, 12. und 13.3.81) gaben den Chinesen den endgültigen Beweis an die Hand, daß Nicaragua mit fliegenden Fahnen ins Sowjetlager übergegangen war. Die Konsequenzen folgten auf dem Fuße: In einem Artikel der RMRB vom 27. Februar 1981 wurde die Sowjetunion beschuldigt, mit Hilfe Kubas den Versuch zu unternehmen, ihre stufenweise Expansion im Karibik-Raum und in Mittelamerika zu intensivieren. Ziel Moskaus sei die Schaffung einer "Kette von Satellitenstaaten". Vor allem Nicaragua und neuerdings auch El Salvador würden von diesem Sog erfaßt.

Am 3. April brachte Xinhua eine Meldung, nach der die USA ihre Wirtschaftshilfe an Nicaragua eingestellt habe. Der Kommentar klingt zustimmend (XNA, 3.4.81).

- Gegenüber El Salvador hat China noch keine definitive Haltung gefunden. Auch hier wurde der Befreiungskampf der regierungsfeindlichen Organisationen chinesischerseits zunächst positiv beurteilt: El Salvador sei das politisch unstabilste Land in Mittelamerika. Die Junta und die neue Regierung, die im Oktober 1979 nach einem Staatsstreich an die Macht kamen, hätten dem Land wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen versprochen, sich daran jedoch nicht gehalten. Feudalistische Kräfte und ultrarechte Elemente in der Armee kollaborierten miteinander, betrieben eine Politik systematischer Attentate und versuchten, die Regierung zu zwingen, keine Reformen durchzuführen und gleichzeitig die Linken zu unterdrücken. Allein zwischen Oktober 1979 und dem 31. Dezember 1980 sei es zu über 14.000 politischen Morden gekommen. Leider werde die regierende Junta von den USA unterstützt (BRu 1981, Nr.4, S.14 f.).

Wie in Nicaragua mache sich auch in El Salvador inzwischen die sowjetische Infiltration bemerkbar. Aus diesem Grunde sähen sich die USA veranlaßt, die Regierung in El Salvador noch stärker als bisher zu unterstützen (BRu 1981, Nr.10, S.10 f.).

Peinlich war es für die VR China in dieser Situation, daß die Beschuldigung erhoben wurde, Beijing habe den fünf Guerilla-Gruppen von El Salvador Waffen geliefert. Dazu heißt es in einer offiziellen Stellungnahme: "Anfang der sechziger Jahre hatte China den Kubanern leichte Waffen zum Zwecke der Selbstverteidigung geliefert. Diese Waffen wurden nun von Kuba den Guerillas in El Salvador zur Verfügung gestellt. Dabei hatte Kuba Hintergedanken." (BRu 1981, Nr.10, S.3)

- Venezuela hat sich in den letzten Monaten zu einer Art lateinamerikanischen Liebling der Chinesen entwickelt. Bereits vom 25. bis 27. Februar hatte der venezolanische Außenminister José Alberto Zambrano Beijing besucht. Der Besuch des Präsidenten von Venezuela, Herrera Campins, ist bereits angekündigt. Inzwischen hat noch der Führer der venezolanischen Christlich-Sozialistischen Partei, Rafael Caldera, die Volksrepublik besucht und dort mit den Chinesen gemeinsame Formeln gefunden, die von den chinesischen Propagandaorganen mit Genugtuung zitiert werden: Beide Länder stünden in einem gemeinsamen Abwehrkampf gegen den Hegemonismus und beide hätten ein Kuba vor ihrer Haustür (so Deng Xiaoping in XNA, 6.4.81; weitere Einzelheiten in XNA, 4., 5., 6. und 7.4.81). Auch ein anderes Lieblingsthema der Chinesen kam voll zum Tragen, nämlich die Regionalisierung in Lateinamerika, zu deren hervorragenden Förderern Venezuela gehöre.

- Was schließlich Kuba anbelangt, so ist dieses Land, wie die chinesische Presse meint, unter der Führung Castros seit 1975 zu einem Werkzeug der Sowjetunion geworden, das seine Söldnertruppen nicht nur nach Afrika entsendet, sondern sich neuerdings zunehmend in die inneren Angelegenheiten anderer lateinamerikanischer Länder einmischt, und zwar unter dem Deckmantel der "Unterstützung einer nationalen Revolution". Kuba ist m.a.W. von der Blockfreiheit zur Interventionspolitik im Dienste einer Supermacht übergegangen.

Zu Recht setzten sich die lateinamerikanischen Länder zur Wehr und brächten Kuba, das noch zu Beginn der siebziger Jahre erklärt hatte, mit anderen lateinamerikanischen Ländern in Freundschaft zusammenleben zu wollen, in einen Zustand der Isolierung. Inzwischen haben Kolumbien, Venezuela, Costa Rica, Peru und Jamaica ihre Beziehungen zu Kuba entweder abgebrochen oder herabgestuft. Panama verlangte die Einberufung einer regionalen Konferenz, die eine allseitige Revision der Beziehungen zu Havanna beschließen solle. Das jüngste Opfer kubanischer Einmischung sei Kolumbien. Einige jener Terroristen, die an der Entführung von spanischem di-

plomatischem Personal in Kolumbien teilgenommen hatten, sind nach chinesischer Ansicht in Kuba ausgebildet und dort auch bewaffnet worden, bevor sie nach Kolumbien entsandt wurden (BRu 1981, Nr.18, S.13 f.). Die VR China, die noch Anfang der sechziger Jahre selbst in einer Form aktiv wurde, die von verschiedenen lateinamerikanischen Regierungen als "subversiv" gebrandmarkt wurde, ist heute also zum Ankläger fremder Subversion in Lateinamerika geworden!

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(6) Der Widerstand in Afghanistan wächst

China, das der Afghanistan-Frage einen so zentralen Stellenwert in der sowjetischen "Globalstrategie" zumißt, ist dasjenige Land, das seine Presseorgane heute am ausführlichsten über die inneren Vorgänge in Afghanistan berichten läßt und das dafür sorgt, daß die Afghanistan-Frage nicht in Vergessenheit gerät. Es sind vor allem die Besuche chinesischer Korrespondenten, die Einzelheiten über den afghanischen Widerstand ans Tageslicht bringen. Wenngleich die Berichterstattung einseitig ist, also nur von Siegen des Widerstands und von Verlusten der mit Moskau verbündeten Regierung berichtet, scheint der Gesamttenor der Berichterstattung doch beherzigenswert.

Am 27. April begingen die afghanischen Kommunisten den 3. Jahrestag ihrer Machtübernahme. Fast gleichzeitig kann man auf eine eineinhalbjährige militärische Invasion der Sowjetunion (27. Dezember 1979) zurückblicken. Alles in allem gibt es heute für das Karmal-Regime eine traurige Bilanz: wachsender Widerstand; Unfähigkeit der sowjetischen Besatzungsmacht, die Situation in die Hand zu bekommen; Vergeltungsüberfälle auf afghanische Dörfer, die zumeist Unschuldige treffen; Flucht von nicht weniger als einem Fünftel der Bevölkerung nach Pakistan und Iran; rund 10.000 Gefallene auf Seiten der Sowjetarmee und der Regierungstruppen.

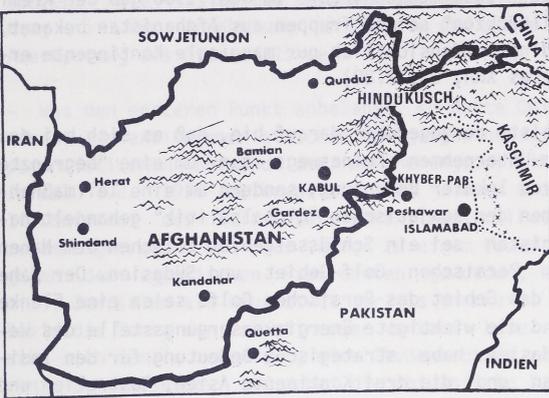
Die Widerstandsbewegung umfaßt heute offensichtlich schon das ganze Land, konzentriert sich aber besonders stark auf den Nordosten (3 Karten!). Die Muhadschedin entwickeln immer mehr Selbstvertrauen. Sie können z.B. heute schon die Sicherheit ausländischer Journalisten gewährleisten. Immerhin kontrollierten die eigenen Soldaten ja mindestens 80% des Landes, u.a. sogar Bergdörfer, die nur etwa 30 km von der Hauptstadt Kabul entfernt liegen. Die Sowjetsoldaten konzentrierten sich auf wenige Schlüsselstädte, überwachten die Hauptverkehrslinien und schlugen mit einer Politik des "alles Verbrennens" und der Schaffung "mensenleerer Zonen" zurück, sobald sie Widerstandskämpfer ausgemacht hätten. Im übrigen aber gehörten die außerstädtischen Regionen und die Nacht den Partisanen. Breschnew habe sich gänzlich verrechnet. Er habe geglaubt, die Invasion in Afghanistan werde zu einem ähnlichen Spaziergang wie der Truppeneinmarsch in die Tschechoslowakei im August 1968. Statt dessen sei Afghanistan zu einem Grab seiner Truppen geworden - so wenigstens nach Beijinger Propagandaaussagen!

Die Zahl der afghanischen Guerillas ist inzwischen möglicherweise auf 300.000 angestiegen. Probleme bereiten zwar nach wie vor der Winter, die Ernährung der Guerilleros und die Unterversorgung mit panzerbrechenden Waffen sowie mit Gerät, das der Bekämpfung von Hubschraubern dient, den gefährlichsten Feinden der Guerilleros. Doch auch hier werden die Lücken langsam gefüllt. Ausländische Beobachter konnten bereits erste Flaks bei den Muhadschedin entdecken. Vermut-

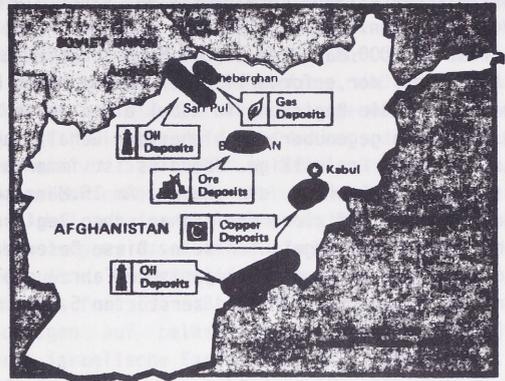
KARTEN ZU ÜBERSICHT 6

Die geographische Lage

(BRu, 16.1.81)

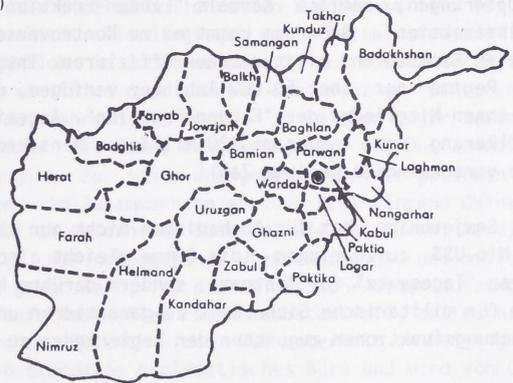


Rohstoffvorkommen



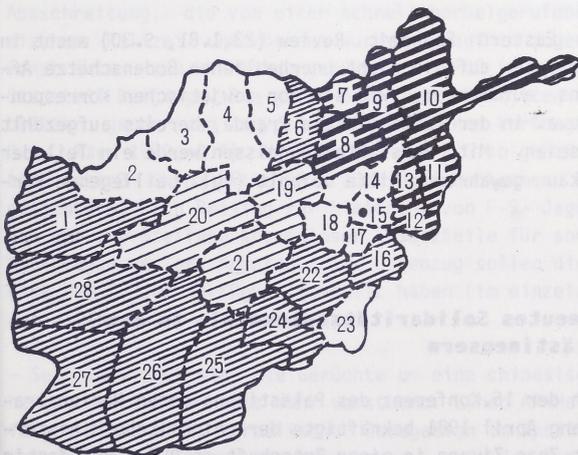
Zur Guerillatätigkeit

(BRu, 11.3.81)



Die militärische Lage

(BRu, 15.7.80)



Provinzen, in denen afghanische Guerillas gegen sowjetische Aggressoren kämpfen.

- Gebiete heftigen Kampfes
- Gebiete mit zunehmender Kampfätigkeit
- Von Guerillas und Stammes-Streitkräften kontrollierte Gebiete

PROVINZEN

- | | |
|-----------------|-------------------------------|
| (1) Herat | (15) Kabul (Hauptstadt Kabul) |
| (2) Badghis | (16) Paktia |
| (3) Faryab | (17) Lagar |
| (4) Jowzjan | (18) Wardak |
| (5) Balkh | (19) Bamian |
| (6) Samangan | (20) Ghor |
| (7) Kunduz | (21) Uruzgan |
| (8) Baghlan | (22) Ghazni |
| (9) Takhar | (23) Paktika |
| (10) Badakhshan | (24) Zabul |
| (11) Kunar | (25) Kandahar |
| (12) Nangarhar | (26) Helmand |
| (13) Laghman | (27) Nimruz |
| (14) Parwan | (28) Farah |

lich werden vor allem die Chinesen dafür sorgen, daß demnächst auch geeignete SAM-Raketen zur Verfügung stehen. Diesen Verdacht äußern nicht zuletzt sowjetische Presseorgane, wie beispielsweise die Iswestija, die vor allem die Karakorum-Straße von China nach Pakistan als Hauptarterie für den Waffennachschub im Afghanistan-Krieg bezeichnet (Iswestija, 23.3.81 in Ostinfo, 25.3.81 und Radio Kabul in SWB, 19.3.81).

Hand in Hand mit dem steigenden Selbstbewußtsein des afghanischen Widerstands, dessen verschiedene Gruppierungen in der Islamischen Allianz vereinigt sind, sinkt die Moral der Regierungssoldaten. Innerhalb von einem Jahr soll ihr Bestand von 100.000 Mann auf 20.000 Mann zusammengeschrumpft sein. Angesichts der erforderlich gewordenen neuen Rekrutierungswelle bot die Regierung in Kabul einen neuen Sold, der um das Neunfache gegenüber dem bisherigen Gehalt lag. Trotzdem gab es kaum Freiwillige. Oberdies ist immer wieder von afghanischen Oberläufern die Rede. Am 15. März sollen 300 Soldaten und 11 Offiziere der afghanischen Regierungarmee südlich von Kabul übergelaufen sein. Diese Deserteure griffen kurze Zeit später eine sowjetische Fahrzeugkolonne an, töteten 23 Sowjetsoldaten und zerstörten 5 Lkws mit Nachschub (XNA, 16.3.81).

Der Nachschub der Widerstandsgruppen wird zum Teil durch Beutegut gedeckt. Lkw-Fahrer der Regierungstruppen erhalten neuerdings regelrechte Empfangsbestätigungen der Muhadshedin mit einem "Dank für die Mitarbeit".

Die Isolation des Karmal-Regimes scheint durch innere Spaltung des Regierungslagers verschärft zu werden. Innerhalb der regierenden "Volksdemokratischen Partei" gibt es zwei Gruppierungen, nämlich Karmals "Fahnen-Fraktion" und Amins "Volksfraktion". Außerdem kommt es zu Kontroversen zwischen zivilen Beamten und militärischen Offizieren. Insgesamt soll das Regime nur über 50.000 Anhänger verfügen, die meisten von ihnen Mitglieder der "Fahnen-Fraktion". Angesichts einer Bevölkerung von insgesamt 20 Millionen Menschen wäre dies eine verschwindend geringe Zahl!

Die Sowjetunion hat für Afghanistan nicht nur täglich rund 4-5 Mio. US\$ aufzubringen (die Summe gleicht also dem ungefähren "Tagessatz" für Vietnam), sondern darüber hinaus auch noch für militärische Sicherheit zu garantieren und überdies Bewachungsfunktionen zugunsten der Regierenden zu erfüllen.

Außerordentlich hoch sind andererseits auch die afghanischen Opfer: 500.000 Tote und 2 Millionen Flüchtlinge! Allerdings scheinen diese Opfer nicht etwa zur Depression beizutragen, sondern im Gegenteil den Widerstand zu motivieren.

Die afghanischen Widerstandsorganisationen operieren vorerst zwar militärisch, streben langfristig jedoch eine politische Lösung an. Ihre Lösungsvorstellungen lauten:

- Die Sowjetunion muß sämtliche Truppen aus Afghanistan zurückziehen. Die sowjetische Invasion sei ja die entscheidende Ursache für die "Afghanistan-Frage".

- Bei sämtlichen Lösungen seien die Freiheitskämpfer als eigentliche Verhandlungspartner zu betrachten. Das Regime in Kabul vertrete niemanden als sich selbst. Der Vorschlag Karmals, gesonderte Gespräche mit Pakistan und Iran zu führen, würde incidenter eine Anerkennung des Kabul-Regimes mit sich bringen und sei deshalb abzulehnen (XNA, 17.2.81). Allerdings geben sich die Widerstandsgruppen keinen Illusionen hin. Immerhin sind ja Rückzugbeschlüsse des UNO-Sicherheitsrates vom Januar 1980, eine entsprechende Aufforderung der Außenminister von 37 islamischen Ländern vom 17. Mai 1980

und ähnliche Aufforderungen der Außenminister der EG-Staaten und der ASEAN-Staaten in der Sowjetunion auf taube Ohren gestoßen. Moskau rechtfertigt die Anwesenheit seiner Truppen damit, daß sie von der afghanischen Regierung "erbeten" worden sei, und zwar zur Abwendung einer "Einmischung von außen". Außerdem hat Moskau in der Zwischenzeit mehrere Male so getan, als wolle es seine Präsenz in Afghanistan verringern: Es spricht von einem nur "vorübergehenden Aufenthalt" sowjetischer Truppen in Afghanistan. Es will ferner die Afghanistan-Frage mit Fragen des Persischen Golfs, des Indischen Ozeans und selbst der Abrüstung in Europa zu einer "Paket-Frage" zusammenschließen. Im Juni 1980 gab der Kreml einen "Teilrückzug" seiner Truppen aus Afghanistan bekannt, der allerdings offensichtlich nur marginale Kontingente erfaßte (Näheres XNA, 27.12.80).

Beijing weist demgegenüber darauf hin, daß es sich bei dem Afghanistan-Unternehmen keineswegs nur um eine "begrenzte Invasion" von lokaler Bedeutung, sondern um eine Teilmaßnahme im Rahmen der sowjetischen "Globalpolitik" gehandelt habe: Afghanistan sei ein Schlüsselgebiet zwischen dem Nahen Osten, dem Persischen Golf-Gebiet und Südasien. Der Nahe Osten und das Gebiet des Persischen Golfs seien eine Flanke Europas und die wichtigste Energieversorgungsstelle des Westens. Südasien habe strategische Bedeutung für den Indischen Ozean und die drei Kontinente Asien, Australien und Afrika. Seit dem Ende der fünfziger Jahre lege die Sowjetunion ihr Gewicht auf die Infiltration und Expansion im Mittleren Osten und in Südasien. Unter dem Vorwand der "Hilfe" habe sie gewaltige Mengen an Geld und Waffen eingesetzt. Ende der siebziger Jahre habe sich überdies eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den USA und der Sowjetunion abgezeichnet. Es sei der Sowjetunion gelungen, im Roten Meer und im Golfgebiet von Aden Fuß zu fassen. Nunmehr könne sogar Afghanistan als Sprungbrett benutzt werden, um westlich in den Iran einzudringen, den Persischen Golf zu kontrollieren und die Kräfte im Roten Meer sowie im Golf von Aden aufeinander abzustimmen. Ostwärts von Afghanistan sei die Sowjetunion nunmehr in der Lage, in Pakistan einzufallen und sich einen Weg nach Südasien zu bahnen - und dies bei einem gleichzeitigen Vordringen der sowjetischen Pazifik-Flotte gegen die Malakka-Straße, die durch die vietnamesische Okkupation Kambodschas ermöglicht worden sei (XNA, 9. und 10.1.81; BRU 1981, Nr.1, S.16 f.). Das systematische Vordringen der Sowjetunion nach Afghanistan habe im übrigen nicht erst in den siebziger Jahren begonnen, sondern gehe in seinen Wurzeln bis ins 19. Jahrhundert zurück (RMRB, 15. und 24.1.81).

Die Far Eastern Economic Review (23.1.81, S.30) macht in einer Analyse auf die nicht unerheblichen Bodenschätze Afghanistans aufmerksam, wie sie von sowjetischen Korrespondenten, u.a. in der Komsomolskaya Prawda, bereits aufgezählt worden seien. Mit Rohstoffzeugnissen werde ein Teil der von Moskau gewährten Hilfe bezahlt (vgl. beiliegende Karte).

-we-

(7) Erneutes Solidaritätsbekenntnis zu den Palästinensern

Anläßlich der 15. Konferenz des Palästinensischen Nationalrates Anfang April 1981 bekräftigte der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang in einer Botschaft an PLO-Chef Yassir Arafat erneut die "legitimen nationalen Rechte der Palästinenser, einschließlich ihres Rechts auf Rückkehr in die Heimat, auf Selbstbestimmung und auf die Bildung eines eigenen Staates". Gleichzeitig begrüßt Zhao die aufeinanderfolgenden Siege der PLO, des "einzigsten legalen Repräsentanten" der

Palästinenser, über die "israelischen Aggressoren und Expansionisten" (XNA, 12.4.81). Haupthindernis für die Palästina-Frage sei die Haltung der "israelischen Behörden", die die PLO als "Terroristenorganisation" anschwärzen. Die PLO habe in der Zwischenzeit Beziehungen mit 120 Ländern in aller Welt errichtet, Vertretungen etabliert oder aber Beobachter zu über 80 Ländern und internationalen Organisationen entsandt (XNA, 13.4.81).

Beijing gibt sich der PLO gegenüber offensichtlich deshalb so beflissen, weil seine Politik in den vergangenen Jahren mehrere Male ins Gerede gekommen war, nämlich im Zusammenhang mit der Annäherung an Ägypten und einer angeblichen Anerkennung des Staates Israel.

- Was den ersteren Punkt anbelangt, so hatte China - wieder einmal aus antihegemonistischen Erwägungen heraus - mit propagandistischem Aufwand die Annäherungspolitik Sadats an Israel i.J. 1978 befürwortet. Aus diesem Grunde war die 14. Konferenz des Palästinensischen Nationalrats i.J. 1979 zusammengetreten und war dabei zu einem Forum der Anklage gegen den ägyptischen Präsidenten geworden, der, wie es hieß, Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt und in Camp David die Sache der Palästinenser verkauft habe. Hua Guofeng sah sich damals veranlaßt, eine Grußbotschaft an die Konferenz zu entsenden und dabei die chinesische Sympathie für den "gerechten Kampf des palästinensischen und der arabischen Völker für die Wiederherstellung ihrer nationalen Rechte" zu bekunden. Dies war eine etwas peinliche Aufgabe, da es galt, zwischen Scylla und Charybdis, d.h. zwischen der objektiv PLO-feindlichen Unterstützung der ägyptisch-israelischen Zusammenarbeit einerseits und der traditionellen Loyalität zur PLO andererseits, zu steuern (vgl. im einzelnen C.a., Januar 1979, 0 11). Einerseits- andererseits-Argumente bestimmten damals die chinesische Mittelostpolitik. Einerseits wollte Beijing sich weder die Mitglieder der "Ablehnungsfront" (Irak, Syrien, Südjemen, Libyen, Algerien, PLO), andererseits aber auch nicht die Mitglieder der "gemäßigten Front" (Sudan, Somalia, Marokko, Nordjemen, Saudi-Arabien, Jordanien und die Golfländer) zu Feinden machen. Auf der anderen Seite waren die Chinesen froh darüber, daß der sowjetischen Politik durch die Camp-David- Abmachungen wenigstens zum Teil ein Riegel vorgeschoben wurde. Die Sowjetunion hatte ja damals bereits beträchtlichen Bodengewinn in Afghanistan, Südjemen, Äthiopien und - vielleicht auch - im Iran erzielt. Am 29. März 1979 zogen arabische Studenten, die meisten von ihnen Palästinenser, in Beijing zur ägyptischen Botschaft und bewarfen das Gebäude mit Steinen - eine Ausschreitung, die von einer schnell herbeigerufenen chinesischen Polizei unterbunden wurde. Daraufhin zogen die Demonstranten zum Verbindungsbüro der PLO in einem anderen Stadtteil Beijings. Die ganze Zeit über verteilten sie Flugblätter gegen den ägyptisch-israelischen Vertrag (Näheres C.a., März 1979, 0 4). Mit dem von der PLO so gehaßten Ägypten schloß China Mitte 1979 auch Waffenabkommen. U.a. verpflichtete sich Beijing zur Lieferung von F-9- Jagdflugzeugen und zur Stellung kostenloser Ersatzteile für sowjetische MiG-Flugzeuge an Ägypten. Im Gegenzug sollen die Ägypter eine MiG 23 zur Verfügung gestellt haben (im einzelnen C.a., Juni 1979, 0 9).

- Seit 1979 auch sind die Gerüchte um eine chinesische Annäherung an Israel nicht mehr verstummt. Einer AP-Meldung zufolge soll eine israelische Delegation im April 1979 die Volksrepublik China besucht haben - ein Gerücht, das von chinesischer Seite sofort als unwahr bezeichnet wurde. Niemals würde China die "expansionistische und aggressive Politik der... israelischen Behörden hinnehmen, die von den Supermächten angestiftet" würden (XNA, 12.5.79). Im Gegenzug beschuldigte Xinhua am 17. Mai 1979 die Sowjetunion, einen

"Flirt" mit Israel eingegangen zu sein, wobei das Zusammentreffen einer vierköpfigen Delegation mit der israelischen KP den Ausgangspunkt geliefert habe (RMRB, 17.5.79 und C.a., Mai 1979, 0 9).

Auch 1981 muß sich China noch gegen Gerüchte wehren. Unter der Überschrift "Wird China Israel anerkennen? Kauft China von Israel Waffen?" gibt der Redakteur der BRu (1981, Nr. 12, S. 3), Guo Ji, folgende Antwort: "Die chinesische Regierung will nichts mit Israel zu schaffen haben, solange die israelische Regierung arabische Territorien besetzt hält und die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes leugnet. Die israelischen Behörden müssen ihre Aggressionspolitik gegen die arabischen Länder aufgeben. Nur auf diese Weise können sie eine Zukunft haben. Die Behauptung, daß China von Israel Waffen kauft, ist eine Fälschung, vorgenommen in hinterhältiger Absicht." Gleichzeitig wird betont, daß der "Schlüssel zur Sicherheit und Stabilität im Mittleren Osten eine umfassende und gerechte Lösung der Palästinenser-Frage" sei (XNA, 18.4.81). Dabei sei die Teilnahme der PLO an allen maßgebenden Verhandlungen essentiell. Auch setzt die chinesische Propaganda ihre Dauerangriffe wegen verschiedener "Verbrechen" Israels fort, so z.B. im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen auf palästinensische Bürgermeister im Juni 1980 durch israelische Extremisten (BRu 1980, Nr. 24, S. 10), sowie der Bombardierung von Städten im südlichen Libanon im April 1981 (XNA, 24.4.81 und RMRB, 24.4.81).

Die PLO ist für China nach wie vor ein wichtiger Hebel in Mittelost. Bei einer realistischen Einschätzung der außenpolitischen Möglichkeiten Chinas wird schnell deutlich, daß die Volksrepublik nur in Asien eine wirklich substantielle Außenpolitik betreiben kann, während sie in anderen Regionen auf marginale Einflußmöglichkeiten beschränkt ist. Von dieser Marginalität allerdings gab es im Mittelosten zwei Ausnahmen, nämlich im Zusammenhang mit der Dhofar-Befreiungsfront, die von China noch während der sechziger Jahre unterstützt wurde, während sie heute - im Zeichen enger Zusammenarbeit Chinas mit Oman, dem Hauptgegner der Dhofar-Befreiungsbewegung - zu einem unangenehmen Gegner geworden ist, und - eben - im Zusammenhang mit der PLO. Während China den ihm freundlich gesonnenen Staaten, wie dem Sudan, Nordjemen oder Ägypten, nur unbedeutende wirtschaftliche und militärische Hilfe geben kann, ist die chinesische Unterstützung für die PLO auf fast allen Ebenen substantiell, sei es nun im diplomatischen Bereich (die PLO unterhält in Beijing seit Jahren ein ständiges diplomatisches Büro und wird von China bei allen internationalen Veranstaltungen unterstützt), sei es im wirtschaftlichen oder aber im Militärbereich. Um mit der PLO permanent im Gespräch zu sein, hat China allerdings streckenweise den Versuch einer Quadratur des Kreises zu unternehmen. Es löst diese Aufgabe auf echt chinesische Weise, indem es einerseits der palästinensischen Sache Lippendienste leistet, andererseits aber sämtliche politischen Prozesse befürwortet, die im antisowjetischen Sinne wirken, auch wenn diese Prozesse - wie beispielsweise die ägyptisch-israelische Zusammenarbeit - manchmal auf Kosten der PLO gehen.

-we-

ASIEN

(8) Beijings wohlwollende Haltung gegenüber einer südasiatischen Gemeinschaft

In der Annahme, daß regionale Gemeinschaften wie die EG, der Anden-Pakt, die ASEAN oder die Karibische Gemeinschaft au-

thentische Konfliktlösungsinstitutionen sind, die verhindern, daß außerregionale Kräfte ("Hegemonismus!") sich einmischen, ist China seit Jahren zum Befürworter regionaler Bündnisse geworden.

Als Anfang 1981 sich die Außenminister der sechs Golfländer trafen und einen Plan für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Politik und der Sicherheit in ihrem Bereich ausarbeiteten, gehörte Beijing zu jenen Staaten, die am demonstrativsten applaudierten.

Vom 21. bis 23. April trafen sich nun in Colombo die Außenminister/Staatssekretäre des Auswärtigen aus sieben südasiatischen Ländern (Indien, Pakistan, Nepal, Bangladesch, Bhutan, Sri Lanka und Malediven) zu Beratungen über eine potentielle regionale Zusammenarbeit nach dem Vorbild der ASEAN-Gemeinschaft. Es zeigte sich dabei schnell, daß die sieben Länder nicht so ohne weiteres auf einen Nenner zu bringen sind. Am kooperationswilligsten traten die Vertreter von Sri Lanka und Bangladesch auf, die für einen intensiveren Handelsaustausch zwischen den sieben Ländern und eine gegenseitige Abstimmung ihrer Außenpolitik plädierten. Innerregionale Auseinandersetzungen sollten ohne Einmischung außerregionaler Kräfte beigelegt werden. Bangladesch schlug u.a. ein jährliches Treffen der Außenminister der Region vor, in dessen Verlauf über die Bildung eines Sekretariats für regionale Zusammenarbeit beraten werden sollte.

Während so Bangladesch und Sri Lanka eine südasiasische Handels- und Wirtschaftsgemeinschaft mit zusätzlichen außenpolitischen Abstimmungsmechanismen vorschlugen, erwiesen sich die beiden größten Staaten Südasiens, nämlich Indien und Pakistan, die zueinander ja in einem äußerst gespannten Verhältnis stehen und die vor allem seit der Rückkehr Indira Gandhis in das Amt des indischen Premierministers wieder stärker auf Distanz zueinander gegangen sind, als Bremskräfte. Eine Institutionalisierung der regionalen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit kann ihrer Ansicht nach nicht von heute auf morgen Wirklichkeit werden. Allenfalls empfehle sich ein schrittweises Vorgehen. Zuerst sollten unverfängliche Bereiche wie Sport, Kultur oder Infrastruktur auf Expertenebene behandelt werden. Vielleicht könne man auch gemeinsam Diskussionen über neue Nord-Süd-Beziehungen beginnen. Erst nach einem Erfolg solcher Verhandlungen könnten Treffen auf höherer Ebene ins Auge gefaßt werden.

Xinhua (XNA, 24.4.81) will die Perspektiven nicht so düster sehen, sondern zeichnet ein heiter-optimistisches Bild von der Colombo-Konferenz. Man habe dort die Gründung von fünf Kommissionen beschlossen, die der nächsten Tagung der Konferenz in Katmandu (etwa ein halbes Jahr später) konkrete Vorschläge für die Zusammenarbeit auf den Gebieten Landwirtschaft, Entwicklung der ländlichen Gebiete, Telekommunikation, Meteorologie sowie Gesundheit und Geburtenkontrolle vorlegen sollte. Das gemeinsame Kommuniqué habe auch betont, daß die Zusammenarbeit südasiasischer Länder "nützlich, gangbar und notwendig" sei. Die sieben Länder seien Nachbarn, wiesen hinsichtlich Geographie, Geschichte und Kultur zahlreiche Gemeinsamkeiten auf, seien sämtlich vom Kolonialismus beherrscht gewesen und stünden nach Erlangung der Unabhängigkeit gemeinsamen Aufgaben gegenüber, nicht zuletzt der "hegemonistischen Infiltration und Expansion". Selbstverständlich gebe es auch Divergenzen, da sich die Sieben nicht nur ihrer Größe und ihrem Entwicklungstempo nach unterschieden, sondern auch in internationalen Problemen nicht immer einhelliger Meinung seien (gemeint ist hiermit wahrscheinlich vor allem die Hinwendung Pakistans zu den USA und China einerseits und Indiens zur Sowjetunion andererseits). Die Praxis beweise aber, daß die regionale Zusammenarbeit in der Dritten Welt "vital" und zu einer wichtigen politischen

Kraft gegen fremde Aggression und Bedrohung sowie für die Erhaltung des Friedens geworden sei (XNA, 25.4.81).

Auch Beijing muß erkennen, daß das Haupthindernis für die schnelle Herausbildung einer südasiasischen Gemeinschaft der indisch-pakistanische Konflikt ist, den beide Länder schnellstens aus dem Wege schaffen müßten, da sie doch vor fast identischen Problemen stünden. Der Fall Afghanistan ist nach chinesischer Ansicht für Südasien von gleicher Bedeutung wie der Fall Kambodscha für Südostasien. Die Völker in beiden Regionen spürten direkt oder indirekt die Präsenz der sowjetischen Militärs, die sich bis an die Grenze der Regionen vorgeschoben hätten. Afghanistan liegt zwischen Süd- und Westasien. Wenn die Sowjetunion ihre Stellung festigt, wird sie imstande sein, westwärts zu den Erdölfeldern des Nahen Ostens, südwärts zum Indischen Ozean vorzudringen.

Zwei Taktiken stünden den Sowjets zur Verfügung:

- Die Taktik des Ausspiels eines Landes gegen das andere. Der frühere indische Ministerpräsident Desai gab vor kurzem bekannt, Moskau habe ihm seinerzeit, als er noch Premier war, geraten, "Pakistan eine Lektion zu erteilen". Die Sowjets spekulierten darauf, lachende Dritte zu sein.

- Die andere Taktik Moskaus sei die direkte Invasion in Pakistan. Ginge Pakistan verloren, so hätte Indien keine Pufferzone und keine Schutzmauer mehr gegen die Kriegsmaschinerie der sowjetischen Supermacht. So gesehen sei Indien geradezu verpflichtet, Pakistan indirekte Hilfe zu gewähren. Indiens Verteidigung sei eng mit derjenigen Pakistans verbunden (XNA, 10.1.81). In diesem Sinn auch habe die indische Premierministerin einen Brief an den pakistanischen Präsidenten gesandt (XNA, 12.1.81). Die "Normalisierung" sei ein Gebot der Stunde (XNA, 9.1.81).

-we-

(9) Deng Xiaoping schlägt erneut eine Normalisierung der Beziehungen zu Indien vor

Am 8. April erklärte Deng gegenüber einer Delegation des indischen Parlaments, daß zwischen beiden Staaten kein fundamentaler Interessenkonflikt bestehe und daß man deshalb die Beziehungen zwischen China und Indien normalisieren müsse (XNA, 8.4.81).

Nach wie vor gibt es freilich nicht weniger als sechs Probleme, die zwischen beiden Staaten stehen, nämlich die indische Anlehnung an die Sowjetunion, die Grenzfrage, die angebliche Unterstützung von Guerillabewegungen in Nordostindien durch China, den Bau der Karakorum-Hochstraße durch China, die pakistanisch-chinesischen Sonderbeziehungen, die enge (angeblich antiindische) Zusammenarbeit Chinas mit einigen Nachbarstaaten Indiens, die "Annexion Sikkims" durch Indien und die diplomatische Anerkennung der kambodschanischen Heng-Samrin-Regierung durch Neu-Delhi im Juli 1980 (im einzelnen dazu Oskar Weggel, "Zwei Schritte vor, einen zurück: China wünscht nach 18 Jahren Feindschaft ein besseres Verhältnis zu Indien" in C.a., Juli 1980, S. 569-578).

Vor allem die beiden Hauptstolpersteine (Sowjetunion und Grenze) sind auch heute noch nicht aus dem Wege geräumt.

Außenpolitisch denken die Inder in den Grenzen des alten britischen Imperiums, das auch Pakistan und Bangladesch umfaßte. Die hegemoniale Stellung Indiens im gesamten südasiasischen Bereich wird nicht nur wegen des historischen Vermächtnisses, sondern auch wegen der schieren Größe Indiens als natürlich empfunden und ist ein Leitmotiv indischer Außenpolitik.

Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, liegen auf der Hand: enge Beziehungen zur Sowjetunion, die den Regionalhegemonismus Indiens unterstützt; Rivalität zu China, der anderen asiatischen Großmacht, das diesem Anspruch entgegentritt; Unterstützung Vietnams, das - parallel zu Indien - die Führungsrolle auf dem südostasiatischen Festland beansprucht; und paternalistische Haltung gegenüber den eigenen Nachbarn, die nun wiederum ihrerseits (Pakistan, Bangladesh, Nepal und Sri Lanka) mit zu den besten Freunden Chinas rechnen.

Solange Indien seinen südasiatischen Hegemonialanspruch durch enge Beziehungen zur Sowjetunion gesichert, von den USA und von China aber in Frage gestellt sieht, wird es sein Verhältnis zu Moskau, Washington und Beijing kaum ändern. Bis dahin auch wird es soweit wie möglich eine Moskau-freundliche Außenpolitik betreiben: Herunterspielen der Besetzung Afghanistans, "Lösung" der Kambodscha-Frage durch Anerkennung des Moskau-freundlichen Heng-Samrin-Regimes, Verurteilung der amerikanischen Stützpunktpolitik auf Diego Garcia, Unterstützung Vietnams als eines Gegengewichts zu China in Südostasien, Distanz gegenüber Beijing und Aufrechterhaltung eines Störpotentials gegen die regierenden Kräfte in Islamabad, Dacca und Katmandu: Indien wird m.a.W. die Pakistaniische Volkspartei des hingerichteten pakistanischen Ministerpräsidenten Bhutto, die Awami-Liga des ermordeten Mujibur Rahman und Indien-freundliche Fraktionen des nepalesischen Kongresses unterstützen.

Eine solche Außenpolitik kann unmöglich chinesischen Intentionen entsprechen. Selbst wenn es - was kaum zu erwarten ist - in der Grenzfrage eines Tages zu einer bilateralen Einigung käme, blieben Neu-Delhi und Beijing noch nach wie vor Rivalen.

Ein geringer Trost mag es für die KPCh einstweilen sein, daß Indiens prosovjatische KP, die CPI, sich inzwischen zum zweiten Mal gespalten hat. Am 29. März beschloß der Parteivorstand den Ausschluß des Mitbegründers der KP wegen "parteischädigender Aktivitäten" - 18 Jahre nach der ersten Spaltung der Partei. Dieser Beschluß betraf den Träger des Lenin-Ordens und Mitbegründer der CPI, Shripat Amrit Dange (81 Jahre), der seit Jahren Sympathien für Indira Gandhi gezeigt hatte. Dange und seine Tochter, die Gründerin der "All-India Communist Party", hatten Frau Gandhi bescheinigt, daß sie die fortschrittlichen Massen unterstütze, gegen amerikanischen Imperialismus, gegen Grundbesitzertum und gegen Monopole eintrete und damit der Revolution in Indien diene.

Moskau, das sich so engagiert um Indira Gandhi bemüht, hat Dange stets in seiner Haltung unterstützt. Der Parteiaus-schluß Danges dürfte ein Signal sein, daß die CPI nicht jeden Befehl "schluckt", der in Moskau gegeben wird. Freilich kann Beijing kaum hoffen, nun zum neuen Mekka der CPI zu werden. Es gibt ja bereits andere maoistische Splitterparteien in Indien.

Indira Gandhi hat inzwischen beschlossen, gegen die indische "Linke" pauschal vorzugehen, und zwar nicht nur gegen die CPI und gegen die Maoisten, sondern auch gegen die CPM, die sich 1964 von der CPI abspaltete und heute in Westbengalen, in Kerala und im nordöstlichen Tripura regiert. Die sowjetische Propaganda geht nach wie vor davon aus, daß China separatistische Bewegungen in Nordostindien unterstützt. Die Ruhe wäre dort längst eingetreten, hätten nicht äußere Kräfte hinter den subversiven Elementen gestanden (Prawda, 27.4.81). Unwiderlegbare Tatsachen sprächen dafür, daß die separatistischen Bewegungen in Assam, Manipur, Nagaland und anderen Unionsgebieten von China inspiriert würden. Auf chinesischem Territorium würden Aufrührer in Speziallagern

ideologisch sowie an der Waffe ausgebildet und dann nach Indien eingeschleust. Die probefreudiger Gruppen verfolgten nach wie vor das Ziel, eigene "unabhängige Staaten" oder "Föderationen" solcher Staaten zu gründen. All dies mache klar, daß ein starkes Indien nicht in die Pläne Beijings paßt.

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(10) China-Symposium in der DDR

Vom 22. bis 24. April 1981 fand ein internationales Symposium mit dem Titel "China in the 1980s" in Karl-Marx-Stadt (DDR) statt. Rund vierzig China-Fachleute aus verschiedenen Ländern Ost- und Westeuropas, u.a. USA, UdSSR, Bundesrepublik und DDR diskutierten drei Tage lang über die Volksrepublik China. Veranstalter des Symposiums war die Sektion Asien-Wissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Es war das erste Zusammentreffen von China-Spezialisten dieser Art in der DDR.

Am ersten Tag des Symposiums wurden Fragen der Methodologie gegenwartsbezogener China-Forschung sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in China diskutiert. Kontrovers zwischen Teilnehmern aus Osteuropa und Westeuropa war die Frage des Modernisierungskurses in China. Während Teilnehmer aus den sozialistischen Ländern die Frage aufwarfen, wie weit Modernisierung nicht eine "Verwestlichung" bedeute, wurde von westlicher Seite die These aufgestellt, daß sich Modernisierung und Sozialismus gegenseitig ausschließen. Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung in China waren sich die Teilnehmer einig über die internen Probleme der chinesischen Wirtschaftsentwicklung wie auch über eine gewisse Skepsis, die wirtschaftlichen Schwachstellen in naher Zukunft überwinden zu können. Die Diskussion über soziale Fragen wurde am zweiten Tag ausgedehnt und um die Erörterung der Innenpolitik und ideologischer Fragen in China erweitert. Hier setzten die Teilnehmer aus den sozialistischen Staaten erwartungsgemäß den Akzent auf die - z.T. überzogen dargestellte - Analyse der sozialen Widersprüche und die daraus folgende Labilität für das politische Regime in der Volksrepublik. Sie bemühten sich zudem, die verschiedenen Schichtungen der chinesischen Gesellschaft in Hinblick auf die Stabilität der Führung einzuschätzen. Naturgemäß mußte dabei eine Fragestellung, die verschiedene Grundannahmen eines sozialistischen Systems nicht nur nicht in Frage stellt, sondern postuliert, in der Kritikfähigkeit der chinesischen Gesellschaft unbefriedigend bleiben. Viele Fragen der chinesischen politischen Entwicklung resultieren - das war der Tenor der westlichen Diskussionsbeiträge - gerade aus der Tatsache, daß China ein sozialistisches Land mit einem Ein-Parteien-System ohne politische Demokratie ist. In verschiedenen Einzelanalysen über Probleme im sozialen, Bildungs- und Ideologiebereich herrschte dagegen Übereinstimmung. Der dritte Tag war ganz der Außenpolitik der Volksrepublik China gewidmet. Wie aus der Themenstellung zu erwarten, ergaben sich hier die größten Widersprüche und bei einigen Teilnehmern aus sozialistischen Ländern ebenfalls die am propagandistischsten gehaltenen Beiträge. Hier wurden die Beziehungen der Volksrepublik China zu den USA, zu Westeuropa, zu der UdSSR und zu verschiedenen Ländern Asiens diskutiert. Als Leitfaden stand die Aussage der Teilnehmer aus den sozialistischen Ländern, die China als primären Unsicherheitsfaktor in der Weltpolitik ansahen, der Aussage westlicher Teilnehmer gegenüber, die China z.T. als stabili-

sierenden Faktor in bestimmten Regionen der Welt anerkennen, ohne jedoch darauf zu verzichten, völkerrechtswidrige Praktiken der Volksrepublik zu benennen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die westliche China-Forschung durch das Symposium zwar keine neuen Erkenntnisse gewinnen konnte, jedoch durch das Symposium selbst und durch Gespräche am Rande neue Eindrücke über die Einschätzungen und Hoffnungen der Wissenschaftler aus osteuropäischen Ländern gewinnen konnte.

Teilnehmer aus der Bundesrepublik waren Dr. Joachim Glaubitz, München, Dr. Dieter Heintz, Köln, Dr. Marie-Luise Näth, Trier, und Eckard Garms, Hamburg. Aus den USA nahm nur Prof. Dr. Thomas Bernstein, New York, am Symposium teil. Aus der DDR nahmen u.a. Prof. Dr. Roland Felber, Berlin, Prof. Dr. Helmut Peters, Berlin, und Dr. Bernd Kaufmann, Berlin teil. Aus der Sowjetunion waren u.a. gekommen: Prof. Gelbras, Prof. Gudoshnikov, Prof. Suchartschuk, Dr. Yakovlev und Prof. Zanegin. Vertreter aus der Volksrepublik China waren von den Veranstaltern nicht eingeladen worden.

-ga-

INNENPOLITIK

(11) Tagungen von sieben Volkskongressen auf Provinzebene

Im April 1981 traten in folgenden vier Provinzen, einem Autonomen Gebiet und zwei regierungsunmittelbaren Städten die dortigen Volkskongresse auf Provinzebene zu ihren alljährlichen Tagungen zusammen (Tagungen der Provinzkomitees der PKCV fanden wie üblich gleichzeitig statt):

Regierungsunmittelbare Stadt Beijing (23.-28.4.81)
 Provinz Fujian (30.3.-8.4.81)
 Provinz Jiangsu (31.3.-7.4.81)
 Provinz Jiangxi (30.3.-4.4.81)
 Regierungsunmittelbare Stadt Shanghai (10.-16.4.81)
 Provinz Sichuan (22.-28.4.81)
 Autonomes Gebiet Tibet (21.-30.4.81).

In Beijing wurde der bereits seit Januar 1981 als Bürgermeister amtierende Jiao Ruoyu offiziell zum Bürgermeister gewählt (vgl. C.a., Januar 1981, 0 23). In Shanghai wurde der bereits seit Oktober 1980 als Bürgermeister amtierende Wang Daohan in diesem Amt bestätigt (vgl. C.a., November 1980, 0 17). Darüber hinaus wurde der frühere Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses der Provinz Henan, Hu Lijiao, zum neuen Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai gewählt. Hu war bereits im Januar 1981 nach Shanghai versetzt worden. In Tibet löste Ngapoi Ngawang Jigme den bisherigen Vorsitzenden der Volksregierung, Tian Bao, in diesem Amt ab. Tian Bao wurde statt dessen zu einem der Vizegouverneure der Provinz Sichuan ernannt. Neuer Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses des Autonomen Gebiets Tibet wurde Yang Dongsheng, bisher Vizeminister der Kommission für die Angelegenheiten der Nationalitäten beim Staatsrat.

-sch-

(12) Neues Staatsratsorgan

Beim Staatsrat (Zentralregierung) der Volksrepublik China ist eine Führungsgruppe für Touristik eingesetzt worden.

Aufgabe dieses neuen Staatsratsorgans soll es sein, Richtlinien für die allgemeine Tourismuspolitik in China zu erarbeiten, Pläne für die Entwicklung des Tourismus und den Bau von Touristengebieten zu prüfen, die Arbeit der verschiedenen mit dem Tourismus befaßten Abteilungen zu koordinieren und die Verwirklichung der von der Führungsgruppe herausgegebenen Richtlinien und Pläne zu überwachen. Geleitet wird die Führungsgruppe für Tourismus beim Staatsrat von der stellvertretenden Ministerpräsidentin Chen Muhua, die bereits Vorsitzende der Kommission für Familienplanung beim Staatsrat und Minister für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland ist (XNA, 6.4.81).

-sch-

(13) Weitere Meldungen über terroristische Anschläge

"Terroristische Aktivitäten", "terroristische Bombenanschläge" und Diebstähle von Waffen und Munition wurden im April 1981 aus dem Autonomen Gebiet Ningxia und der Provinz Liaoning gemeldet (Ningxia Ribao, 14.4.81, nach SWB, 15.5.81; Radio Liaoning, 7.4.81, nach SWB, 17.4.81). In Shenyang, der Hauptstadt der Provinz Liaoning, wurde eine "konterrevolutionäre Clique von Mördern" in zwei Fällen zum Tode und in acht Fällen zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt. Die Gruppe hatte illegal Waffen hergestellt, Waffen und Explosivstoffe gestohlen und diese dann zu Anschlägen benutzt (Radio Liaoning, 25. und 26.4.81, nach SWB, 1.5.81).

Am 25. April 1981 traten die neuen "Bestimmungen der Volksrepublik China über die Kontrolle von Schußwaffen" in Kraft, die die alten Bestimmungen aus dem Jahre 1951 ersetzen. Die Bestimmungen sehen u.a. vor, daß jeglicher Gebrauch von Schußwaffen durch Zivilpersonen vom Staat genehmigt werden muß. Keiner Institution und keiner Einzelperson ist es danach gestattet, Schußwaffen und Munition herzustellen, zu erwerben oder zu verkaufen oder Waffen privat zu lagern, zu reparieren oder zu montieren. Die Bestimmungen betreffen nicht nur den Gebrauch von militärischen Waffen, sondern auch den Gebrauch von Sport- und Jagdgewehren, Schrotflinten, Donnerbüchsen und Luftgewehren sowie Gewehren zum Abschuß von Betäubungspfeilen. Sie betreffen ebenfalls Waffen, die von Ausländern nach China eingeführt und dort getragen werden, sowie Waffen, die an Bord ausländischer Verkehrsflugzeuge und Schiffe, die nach China kommen, getragen werden (XNA, 25.4.81).

-sch-

(14) Verhaftung mehrerer Oppositioneller

Meldungen verschiedener ausländischer Nachrichtenagenturen und Auslandsjournalisten in Beijing zufolge wurden im April 1981 in verschiedenen Landesteilen Chinas mehrere Oppositionelle verhaftet. So sollen in Beijing am 10. April d.J. der Chefredakteur der im April 1980 eingestellten oppositionellen Zeitschrift "Forum 5. April", Xu Wenli, und ein weiterer Mitarbeiter der Zeitschrift namens Yang Jing verhaftet worden sein. Bereits am 11. November 1979 war der Mitbegründer und stellvertretende Herausgeber der Untergrundzeitschrift "Forum 5. April", Liu Qing, verhaftet und im Sommer 1980 zu drei Jahren "Umerziehung durch Arbeit" verurteilt worden (siehe C.a., August 1980, 0 20; C.a., April 1980, 0 17; C.a., November 1979, 0 35). Darüber hinaus soll im April 1981 in Qingdao ein führender Oppositioneller namens Su Feng verhaftet worden sein. Schließlich wurde auch die Verhaftung von Wang Xizhe am 20. April 1981 in Guangzhou (Canton) gemeldet.